Fachaufsatz

Am Ende des Dritten Weges? Zur Entwicklung sozialdemokratischer Programmatik in Zeiten politischer und sozialer Polarisierung

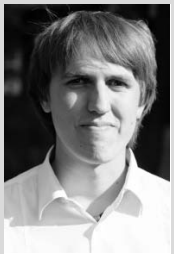
Luis Illan

Zusammenfassung
Die Neuausrichtung im Sinne eines Dritten Weges markierte zur Jahrtausendwende einen Paradigmenwechsel innerhalb der Programmatik sozialdemokratischer Parteien. Nach anfänglichen Wahlerfolgen wird nun jedoch gerade diese Hinwendung zur politischen Mitte als ein Grund für die Krise der Sozialdemokratie gesehen. Der Artikel untersucht am Beispiel der SPD, inwiefern fortschreitende Wahlniederlagen und eine zunehmende politische und gesellschaftliche Polarisierung zu einer Revision der normativen Grundlagen dieses Dritten Weges innerhalb der Sozialdemokratie führen.

1. Einleitung

Diagnosen zur Krise des Kapitalismus haben Konjunktur: Nach einer Phase des generellen Marktoptimismus in Reihen von Politik und Öffentlichkeit begünstigen sozioökonomische sowie politische Polarisierungstendenzen der Gegenwart nun einen Perzeptionswandel, der den Blick verstärkt auf Dysfunktionalitäten und Leistungsgrenzen des Kapitalismus in Zeiten der Globalisierung richtet (vgl. Streeck 2015). Hiermit verbunden zeigt sich auch eine verstärkte Problematisierung ökonomischer Ungleichheit, gepaart mit Forderungen nach einer intensivierten Hinwendung zu egalitären politischen Zielsetzungen (vgl. Stieglitz 2012).

Dass sich hieraus auch Implikationen für die Programmatik politischer Parteien ergeben könnten, erscheint dabei naheliegend und gerade mit Blick auf die sozialdemokratische Parteienfamilie als besonders interessant: Unterzog sich diese mit dem



Luis Illan, M.A.
Universität Regensburg
Institut für Politikwissenschaft
Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft (Schwerpunkt Westeuropa)

Gesellschaft • Wirtschaft • Politik (GWP) 68. Jahrg., Heft 2/2019, S. 186-197 www.budrich-journals.de
https://doi.org/10.3224/gwp.v68i2.07

Ziel eines neu einzuschlagenden Dritten Weges (vgl. Giddens 1999; Blair 1998) ab Ende der 1990er Jahre einem tiefgreifenden normativ-programmatischen Erneuerungsprozess, steht nach anfänglichen Wahlerfolgen zur Jahrtausendwende nun oftmals die Annahme im Raum, dass gerade diese Umorientierung in Richtung der politischen „Mitte" (vgl. Hombach 1998) einen wesentlichen Grund für die gegenwärtige Krise sozialdemokratischer Parteien darstellt (vgl. Arndt 2013).

Inwiefern diese Gesamtlage zu einem Kurswechsel in der normativen Programmatik sozialdemokratischer Parteien führt, stellt in der Politikwissenschaft bisher jedoch ein Forschungsdesiderat dar. In einem starken Kontrast zur Fülle an Literatur, welche sich mit der Transformation sozialdemokratischer Programmatik zur Jahrtausendwende beschäftigt[1], steht das äußerst dünn besiedelte Feld an Arbeiten, welche eine etwaige programmatische Neuausrichtung der Sozialdemokratie *nach* ihrer kurzzeitigen Erfolgsphase thematisieren.[2] Der folgende Beitrag analysiert, inwiefern das normative Konzept eines Dritten Weges weiterhin die programmatische Grundlage der SPD bildet.

Zur Beantwortung dieser Fragestellung wird zu Beginn ein idealtypisches Theorieschema erarbeitet, welches den Dritten Weg als Mittelweg zwischen den ideengeschichtlichen Polen des Sozialismus und Liberalismus und den ihnen zugrundeliegenden Gesellschafts- und Gerechtigkeitsvorstellungen konzipiert. Mithilfe dieses Rasters wird anschließend die programmatische Entwicklung der SPD seit Ende der Regierung Schröder im Jahr 2005 analysiert, wobei hier zentrale programmatische Dokumente aus den Zeiträumen der ersten (2005 bis 2009) und zweiten (2013 bis 2017) Großen Koalition unter Angela Merkel vergleichend gegenübergestellt werden. Eine derartige Einteilung der Untersuchungszeiträume ergibt sich aus dem Gedanken, hierdurch die Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bestmöglich erfassen zu können. Da sich fortschreitende Wahlniederlagen sowie soziale und politische Polarisierungstendenzen vordringlich für die jüngste Vergangenheit feststellen lassen, ist daher für den Zeitraum von 2005 bis 2009 eine weitgehende inhaltliche Kontinuität gemäß den Grundlagen des Dritten Weges zu erwarten, wohingegen sich ein etwaiger programmatischer Kurswechsel als Reaktion auf veränderte Rahmenbedingungen besonders im Zeitraum von 2013 bis 2017 bemerkbar machen sollte.

Durch dieses Vorgehen soll es ermöglicht werden, einen möglichen normativen Paradigmenwechsel der SPD angesichts politischer und sozialer Polarisierungstendenzen erfassen zu können. Über den konkreten Einzelfall der SPD hinaus birgt die Analyse denn auch die Möglichkeit, auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse vorläufige verallgemeinernde Schlüsse hinsichtlich der gegenwärtigen Relevanz des „Dritten-Wegs-Konzepts" für die Sozialdemokratie als solche zu ziehen.

2. Normative Verortung des Dritten Weges

Beim Versuch, die normative Programmatik des Dritten Weges für die wissenschaftliche Analyse nutzbar zu machen, stellt sich das Problem, dass es sich hierbei keines-

wegs um eine feststehende Konzeption sozialdemokratischer Politik handelt, sondern vielmehr um ein Differenzkonzept zu bestehenden Ansätzen ohne „eigenständigen konzeptionellen Kern" (Sturm 2013: 565).[3] Um die hieraus resultierende inhaltliche Unschärfe zu überwinden, schlägt der vorliegende Beitrag vor, das normative Konzept des Dritten Weges im Folgenden als idealtypischen Mittelweg zwischen Vorstellungen des Liberalismus und Sozialismus aufzufassen.[4] Zentrale Analysekriterien stellen hierbei Unterschiede hinsichtlich der den jeweiligen Ansätzen zugrundeliegenden Gesellschaftskonzeption sowie ein hieraus jeweils spezifisch ableitbares Gerechtigkeitsverständnis dar.

Gesellschaftskonzeption des Dritten Weges

Mit Blick auf seine gesellschaftliche Grundkonzeption lässt sich das Paradigma des Dritten Weges insofern als Mittelweg zwischen Liberalismus und Sozialismus verstehen, als es deren divergierende Hierarchisierungen zwischen Individuum und Gesellschaft zu überwinden sucht. Während in liberaler Denktradition eine klare Vorrangstellung des Individuums vor der Gesellschaft vorherrschend ist, die im Umkehrschluss jedoch eine nur minimale Fürsorgepflicht der Gemeinschaft gegenüber dem Einzelnen begründet (vgl. Steltemeier 2015: 597), betonen sozialistisch inspirierte Ansätze im Gegensatz hierzu die Verpflichtung des Einzelnen gegenüber der ihm übergeordneten Gesamtgesellschaft sowie die Notwendigkeit kollektiver Problemlösungen und gesellschaftlicher Solidarität (vgl. Meyer 2008: 10). In der Konzeption des Dritten Weges werden diese beiden Komponenten nun in ein wechselseitiges Verantwortungsverhältnis gesetzt, was sich sinnbildlich im Giddensschen Diktum „Keine Rechte ohne Verpflichtungen" (Giddens 1999: 81) manifestiert. So hat der Staat hier zwar weiterhin die Pflicht, gerade die Schwächeren der Gesellschaft zu schützen. Gleichwohl dürfe man jedoch nicht wie die „Sozialdemokratie alten Stils" dazu übergehen, damit verbundene Rechte „als unbedingte Ansprüche zu behandeln" (Giddens 1999: 81). Vielmehr gelte es, die Ansprüche des Einzelnen gegenüber dem Staat an eigene Verpflichtungen zu koppeln und beispielsweise die wohlfahrtsstaatliche Unterstützung Arbeitsloser von ihrer Bereitschaft zu aktiver Arbeitssuche abhängig zu machen (vgl. Giddens 1999: 81).

Gerechtigkeitsverständnis des Dritten Weges

Für eine sich hieraus ergebende Gerechtigkeitsphilosophie hat dies weitreichende Folgen: Während sich aus idealtypisch liberaler Perspektive die Egalisierung juristisch-struktureller Voraussetzungen durch allgemeine Rechtsgleichheit als ausreichend erweist (vgl. Kersting 2000: 36-38) und ein sozialistisches Gerechtigkeitsempfinden dagegen hierüber hinaus die Notwendigkeit materieller Umverteilungsmaßnahmen zur Erreichung von Ergebnisgleichheit sieht (vgl. Steltemeier 2015: 35), legt das Paradigma des Dritten Weges den Fokus auf die individuellen Ausgangsbedingungen. Aus Sicht der Vertreter des Dritten Weges müsse die Sozialdemokratie ihr Ziel einer „Ega-

lisierung um jeden Preis“ (Giddens 2001: 96) aufgeben und stattdessen eine „Umverteilung von Chancen“ (Giddens 1999: 118) anstreben. Zwar wird ein gewisses Maß an materieller Umverteilung weiterhin als notwendig erachtet, jedoch nicht mehr aufgrund des Ziels einer nachträglichen Angleichung von Marktergebnissen, sondern vielmehr um eine Gleichheit an Chancen zu erhalten (vgl. Buckler/Dolowitz 1999: 185). Ein derartiges Gerechtigkeitsverständnis zeigt sich dementsprechend gegenüber materieller Ungleichheit weitaus strapazierfähiger, als Gerechtigkeitsvorstellungen mit Affinität zum sozialistischen Ideal. Um eine Gleichheit von Chancen zu gewährleisten, ist es aus Sicht des Dritten Weges jedoch zugleich notwendig, in Anknüpfung an kommunitaristische Ansätze der Befähigung (vgl. Sturm 2000: 60) den Menschen in die Lage zu versetzen, tatsächlich ein Leben in Eigenverantwortung führen zu können (vgl. Giddens 2001: 98-99), womit die Gerechtigkeitsphilosophie des Dritten Weges gleichzeitig einen Schritt weiter geht als das liberale Ideal.

Die normative Verortung des Dritten Weges als Mittelweg zwischen einem liberalen und sozialistischen Idealtypus hinsichtlich seines Gesellschafts- und Gerechtigkeitsverständnisses lässt sich dementsprechend abschließend durch folgendes Schaubild verdeutlichen:

Normative Verortung des Dritten Weges (eigene Darstellung)

	Sozialismus	Dritter Weg	Liberalismus
	Gesellschaftskonzeption		
Grundlegende Hierarchisierung Individuum/Gesellschaft	Gesellschaft dominant	Wechselseitige Verantwortung	Individuum dominant
Daraus ableitbar: Gesellschaftliche Fürsorgepflicht	Hoch	Moderat/Reziprok	Gering
	Gerechtigkeitsverständnis		
Grundlegendes Ziel	Ökonomische Gleichheit	Chancengleichheit/Befähigung	Freies Spiel der Kräfte
Daraus ableitbar: Ansatzpunkt der Egalisierung	Ergebnis	Chancen	Strukturen

3. Untersuchungszeitraum I: 2005-2009

Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms

Ein zentrales Element der programmatischen Entwicklung der SPD im Untersuchungszeitraum von 2005 bis 2009 stellte die Debatte um ein neu zu verabschiedendes Grundsatzprogramm dar. In Bezug auf die im Laufe der Debatte um das Grundsatzprogramm maßgebliche Gesellschaftskonzeption lässt sich eine deutliche Anlehnung an Konzeptionen des Dritten Weges erkennen. Indem in den vom Parteivorstand herausgegebenen Leitsätzen zur Programmdebatte als Aufgabe der Sozialdemokratie festgehalten wird, „die Demokratie gegenüber wirtschaftlichen Einzelinteressen zu stärken und dafür zu sorgen, dass die Potenziale unserer Gesellschaft zur Entfaltung kommen können“ (SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2006: 1) sowie ein Freiheitsverständnis, das den „Egoismus des Einzelnen zum Prinzip erhebt“ (SPD-Parteivorstand

(Hrsg.) 2006: 2) entschieden abgelehnt wird, positioniert man sich zwar eindeutig gegen einen idealtypisch-liberalen Individualismus. Eine sozialistisch motivierte Präponderanz der gesellschaftlichen Interessen sowie Fürsorgepflichten gegenüber der Freiheit des Einzelnen wird dem jedoch nicht gegenübergestellt. Vielmehr folgt der Verweis auf ein wechselseitiges Verantwortungsverhältnis zwischen dem Einzelnen und der Gesamtgesellschaft, in welchem sowohl die „Freiheit des Einzelnen im Sinne sozial verantworteter Selbstbestimmung" (SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2006: 3) als auch die Einbettung dieser Freiheit in gesellschaftliche Voraussetzungen betont wird. Diese Form von Freiheit fordere dementsprechend von jedem Einzelnen Verantwortungsübernahme für sich selbst und die Gesamtgesellschaft (vgl. SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2006: 3).

In dem daran anknüpfenden Gerechtigkeitsentwurf wird Gerechtigkeit folgerichtig vor allem über die Möglichkeit der Teilhabe an Voraussetzungen und Mitteln zur eigenverantwortlichen Lebensführung definiert. Eine solche Teilhabe wiederum bestehe zuvorderst in der Garantie von Chancengleichheit und setze dementsprechend vor allem die Möglichkeit der Teilhabe an Bildung und Arbeit voraus (vgl. SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2006: 3). Zwar wird in diesem Zusammenhang auch vage auf die Notwendigkeit einer „gerechte[n] Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands" (SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2006: 3) hingewiesen, allerdings erscheint diese angedeutete Redistribution materieller Ressourcen nicht als Ziel an sich, sondern zielt vielmehr „auf die Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten und Lebenschancen aller Menschen in unserer Gesellschaft" (SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2006: 3) ab. Überdies erfordere Gerechtigkeit neben der Garantie gleicher Würde und Freiheit auch die Anerkennung unterschiedlicher Leistungen für die Gesellschaft (vgl. SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2006: 3).

Analysiert man vor diesem Hintergrund den Inhalt des späteren Grundsatzprogramms, lässt sich eine weitgehende Kontinuität zur Programmatik der Leitsätze erkennen: So wird weiterhin die Verbindung von Freiheit und Eigenverantwortung betont (vgl. SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2007: 14) und Freiheit primär als Möglichkeit zu einem selbstbestimmten Leben definiert, zu welcher jeder Mensch „berufen und befähigt" (SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2007: 15) sei. Wohl als partielles Zugeständnis an parteilinke Kritik (vgl. Ferner 2007) werden jedoch die notwendigen gesellschaftlichen und materiellen Voraussetzungen einer solchen Form von Freiheit und Eigenverantwortung stärker betont als zuvor: Ob der Mensch entsprechend der Berufung zu Freiheit und Selbstbestimmung leben könne, entscheide sich nicht zuletzt in der Gesellschaft, in der er lebe. Nur im Wissen um eine ausreichende soziale Sicherung, könne er seine Freiheit auch nutzen (vgl. SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2007: 15).

Im Hinblick auf Gerechtigkeit als eine Gleichheit an Freiheit und Lebenschancen wird zwar stärker als in vorherigen Dokumenten die damit in Verbindung stehende Notwendigkeit einer Redistribution materieller Ressourcen hervorgehoben: Wo eine ungleiche Verteilung von Vermögen und Einkommen zu einer Spaltung der Gesellschaft führe, sei sie ungerecht. Daher erfordere Gerechtigkeit „mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Vermögen und Macht. Denn große Ungleichheiten in

deren Verteilung gefährden die Gleichheit der Lebenschancen" (SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2007: 15). Aufgrund der als ungerecht wahrgenommenen Verteilung von Vermögen und Einkommen sei es daher auch Aufgabe sozialdemokratischer Steuerpolitik, „Ungleichheit zu begrenzen und gleiche Chancen zu fördern" (SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2007: 43). Der stete Rekurs auf eine dadurch zu schaffende Chancengleichheit zeigt gleichwohl, dass eine angemessene materielle Egalisierung – wenn auch stärker betont als zuvor – weiterhin nicht als Ziel per se ausgegeben wird, sondern vielmehr als Mittel zum Zwecke der Egalisierung von Lebenschancen eingesetzt werden soll. Deutlich wird dies insbesondere anhand folgender Passage im Grundsatzprogramm: „Gleiche Lebenschancen bedeuten nicht Gleichmacherei. Im Gegenteil: Sie bieten Raum für die Entfaltung individueller Neigungen und Fähigkeiten. Menschen sind und bleiben verschieden. […] Leistung muss anerkannt und respektiert werden. Gerecht ist eine der Leistung angemessene Verteilung von Einkommen und Vermögen" (SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2007: 16).

Positionierung im Vorfeld der Bundestagswahl 2009

Nach Verabschiedung des Grundsatzprogramms tritt die Thematisierung normativer Grundpositionen erwartungsgemäß in den Hintergrund. Das Gros der weiterhin wahrnehmbaren Verlautbarungen deutet allerdings eine leichte Akzentverschiebung vom Dritten Weg in Richtung einer sozialistisch motivierten Programmatik an. Deutlich wird dies unter anderem im Hinblick auf das Projekt „Aufstieg und Gerechtigkeit" aus dem Jahre 2008. In diesem als Dialog mit der Parteibasis angelegten Diskussionsprozess stellte die Wahrnehmung eines wirtschaftlichen Aufschwungs, der nur bei einem kleinen Teil der Gesellschaft ankäme, ein leitendes Narrativ dar (vgl. SPD-Parteivorstand/SPD-Bundestagsfraktion (Hrsg.) 2008; SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2008). Unter der Überschrift „Einkommens- und Leistungsgerechtigkeit" fordert der SPD-Parteivorstand im zugehörigen Impulspapier, eine stärkere Entlastung geringer und mittlerer Einkommen bei Sozialabgaben sowie eine höhere Besteuerung von Spitzenverdienern, was sich im Gesamtzusammenhang als leichte Hinwendung zu einem Ziel ökonomischer Egalisierung als Wert an sich deuten lässt (vgl. SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2008: 9-10).

Im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2009 wird dann ein Mittelweg zwischen einer sozialistischen Gerechtigkeitskonzeption und derjenigen des Dritten Weges eingeschlagen. So wird das Ziel einer solidarischen Gesellschaft ausgegeben, „in der die Starken größere Lasten tragen und die Schwachen wirkliche Chancen bekommen, stark zu werden" (SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2009: 5). Neben dieser Betonung eines chancenorientierten Ansatzes wird zugleich das Ziel einer gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung auch „aus sozialen Gründen" (SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2009: 7) formuliert und durch tendenziell egalisierende Programmpunkte zur Steuerpolitik konkretisiert: Neben einer Ablehnung flächendeckender Steuersenkungen verlangt das Wahlprogramm die Entlastung mittlerer und geringer Einkommen durch eine Absenkung des Eingangssteuersatzes, während der Spitzensteuersatz erhöht wer-

den soll. Darüber hinaus stellt es eine Reform des Kinderfreibetrags in Aussicht, wodurch sich dessen entlastende Wirkung nicht mit steigender Einkommenshöhe erhöht, sondern allen Beziehern unabhängig vom Einkommen die gleiche Entlastung gewährt wird (vgl. SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2009: 46-48).

Das mit der Betonung auf die Ermöglichung von Chancen für Schwache verbundene Aufstiegsversprechen wird in einer späteren Passage zudem nochmals durch die Forderung, dass sich Leistung lohnen und „wer sich anstrengt, […] etwas davon haben [muss]" (SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2009: 30) bekräftigt, womit sich eine neue Stoßrichtung des Faktors „Eigenverantwortung" andeutet: Diese erscheint nicht mehr in scharfer Rhetorik des Dritten Weges als individuelle Verpflichtung, sondern stellt nun vielmehr ein durch die Gesellschaft zu garantierendes Aufstiegsversprechen dar.

4. Untersuchungszeitraum II: 2013-2017

Nimmt man vor diesem Hintergrund die programmatische Positionierung der SPD seit 2013 in den Blick, so zeigen sich neben einer generellen normativen Kontinuität gleichwohl Anpassungen innerhalb der vorgezogenen Rahmenlinien. So steht das geforderte Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft als Verzahnung von individueller Eigenverantwortung mit gesellschaftlichen Fürsorgepflichten zwar generell in Fortsetzung zu vorherigen Positionen. Allerdings zeigt sich die gesellschaftliche Fürsorgepflicht nun stärker akzentuiert als zuvor. Im Impulspapier des Parteivorstandes zur künftigen programmatischen Entwicklung heißt es hierzu etwa: „Jeder Mensch muss sein Leben in die eigene Hand nehmen dürfen und können. Sozialdemokratische Politik muss dafür die Rahmenbedingungen und die Voraussetzungen schaffen" (SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2015a: 11). Insbesondere die Hinweise „dürfen" und „können" lassen sich hierbei als zumindest rhetorische Entschärfung des Paradigmas des Dritten Weges interpretieren, indem die Übernahme von Eigenverantwortung weniger als eine Form der Bringschuld des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft betont wird, sondern nun vielmehr der Hauptakzent auf eine Pflicht der staatlichen Gemeinschaft gelegt wird, durch das Schaffen entsprechender Voraussetzungen dem Einzelnen die Emanzipation aus gesellschaftlicher Fürsorge überhaupt erst zu ermöglichen.

In eine ähnliche Richtung zielten auch Anträge des SPD-Parteivorstandes auf dem ordentlichen Bundesparteitag 2015, etwa im Hinblick auf die erhöhten Flexibilitätsanforderungen einer sich wandelnden Arbeitswelt. Anstatt den Einzelnen mittels Förderung seiner individuellen Beschäftigungsfähigkeit an neue Bedingungen anzupassen wird im Antrag „Die Arbeitswelt der Zukunft gestalten – Leitlinien einer modernen sozialdemokratischen Arbeitspolitik" nun vielmehr die Notwendigkeit von Schutzmaßnahmen für den Einzelnen gegenüber den neuen Flexibilitätsanforderungen des Marktes betont (vgl. SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2015b: 95-96). Eine solche gesellschaftliche Schutzverantwortung, die über bloße Befähigung hinausgeht, findet sich überdies auch im Antrag „Wir schreiben Deutschlands Zukunft" (vgl. SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2015b: 910). Insgesamt ergibt sich hiermit ein Bild, das die Verpflichtung der Gesellschaft für das Wohlergehen des Einzelnen stärker in den Mittelpunkt

rückt, anstatt von diesem in erster Linie eine Anpassung an seine ökonomische Umwelt zu verlangen, womit die bereits im Wahlprogramm 2009 angelegte Tendenz einer Verschiebung vom Ideal des Dritten Weges in Richtung eines sozialistisch inspirierten Verhältnisses zwischen Individuum und Gesellschaft verstärkt wird.

Die hiermit verbundene Gerechtigkeitskonzeption steht ebenfalls in Kontinuität zu bisherigen Positionen. Eine Kombination von individueller Chancengleichheit sowie ökonomischer Gleichheit als Ziel an sich zeigt sich etwa im Zuge des Projekts „Zukunft – #Neue Gerechtigkeit", zu welchem es hinsichtlich der Zukunftsvision der SPD-Bundestagsfraktion für Deutschland heißt: „Alle Menschen in Deutschland haben die Chance auf ein erfolgreiches, selbstbestimmtes Leben, egal, woher sie kommen. Exzellente Bildung und Ausbildung stehen allen offen. Der Lohn ermöglicht ein gutes Leben. […] Die Schere zwischen Arm und Reich schließt sich." (SPD-Bundestagsfraktion (Hrsg.) 2016: 8). Im weiteren Verlauf des Papiers zeigt sich dennoch ein Fokus auf eine Gerechtigkeitskonzeption, die zuvorderst die Schaffung von Chancengleichheit und Möglichkeiten eines selbstbestimmten Lebens in den Blick nimmt und dementsprechend näher an der Tradition des Dritten Weges steht (vgl. SPD-Bundestagsfraktion (Hrsg.) 2016: 25, 39). Auch im Impulspapier des Parteivorstands zur zukünftigen programmatischen Ausrichtung zeigt sich eine Fokussierung auf einen chancenorientierten Gerechtigkeitsbegriff. So wird Gerechtigkeit als „Chancen- und Leistungsgerechtigkeit" (SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2015a: 11) definiert. In der nachfolgenden Aufforderung, dass sich Leistung für alle Teile der Gesellschaft lohnen und Anstrengung unabhängig von sozialer Herkunft sozialen Aufstieg ermöglichen müsse (vgl. SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2015a: 11), zeigt sich gleichwohl eine rhetorische Verschiebung des Leistungsbegriffs, wie sie sich auch im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2009 feststellen lässt: Nicht mehr Eigenleistung als individuelle Verpflichtung sondern vielmehr ein von der Gesellschaft einzulösendes Aufstiegsversprechen für erbrachte Anstrengungen steht nun im Fokus des Gerechtigkeitsbegriffs.

Diese Linie setzt sich auch im Programm zur Bundestagswahl fort. Angesichts einer formal feststellbaren normativen Aufladung durch den Programmtitel „Zeit für mehr Gerechtigkeit" fällt der letztliche normative Inhalt jedoch bemerkenswert dünn aus. Analog zu programmatischen Verlautbarungen im Vorlauf lässt sich jedoch mit Blick auf die zugrundeliegende Gesellschaftskonzeption auch hier eine verstärkte Betonung der staatlichen Fürsorgepflicht gegenüber dem Einzelnen feststellen, die über eine bloße Sicherstellung individueller Beschäftigungsfähigkeit hinausgeht und auf eine Bändigung der ökonomischen Sphäre qua Regulierung abzielt. So heißt es etwa zur Thematik einer sich wandelnden Arbeitswelt, dass man deren Rahmenbedingungen anpassen müsse, damit sich Arbeit „an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet" (SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2017: 17). Insbesondere mit Blick auf die Digitalisierung werden daher Anpassungen gefordert, um die schützende Funktion des Arbeitsrechts zu erhalten, etwa mittels eines Rechts auf Nicht-Erreichbarkeit oder Maßnahmen zum Abbau psychischer Belastung (vgl. SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2017: 22-23).

Der letztliche Gerechtigkeitsbegriff changiert unterdessen weiterhin zwischen dem sozialistischen Idealtypus und demjenigen des Dritten Weges, was sich beispiel-

gebend an folgender Passage verdeutlicht: „Gerechtigkeit ist die zentrale Voraussetzung für Zusammenhalt und Wohlstand. Wir werden Einkommen und Chancen gerechter gestalten“ (SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2017: 7). Während Chancengleichheit vor allem durch einen Fokus auf bildungspolitische Maßnahmen erreicht werden soll, werden zur Schaffung von Ergebnisgleichheit diverse steuerpolitische Maßnahmen ins Feld geführt, welche in der Gesamtschau allerdings etwas tiefgreifender ausfallen zu scheinen als diejenigen aus dem Jahr 2009. Zwar liegt die geforderte Erhöhung des Spitzensteuersatzes mit 45 Prozent zwei Prozentpunkte unter der Forderung aus dem Jahr 2009, jedoch setzt dieser nun weitaus früher ein (2009: 125.000 Euro (Alleinstehende)/250.000 Euro (Verheiratete), 2017: 76.200 Euro/152.400 Euro) (vgl. SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2017: 52-53; SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2009: 46-48). Zusammen mit weiteren Maßnahmen zur Belastung großer Vermögen (Reform der Erbschaftssteuer) und Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen (Erweitertes Kindergeld, Entlastungen bei Sozialbeiträgen, Abschaffung des Solidaritätszuschlags) ergibt sich somit der Eindruck einer Verstärkung egalisierender Elemente im Steuersystem (vgl. SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2017: 50-53).

5. Fazit und Ausblick

Zusammengefasst lässt sich mit Blick auf die normative Programmatik der SPD in jüngster Vergangenheit von einer Entwicklung sprechen, die in einer partiellen Hinwendung zu sozialistisch inspirierten Positionen bestand, ohne jedoch die Verbindung zum Paradigma des Dritten Weges gänzlich zu kappen. Bemerkenswert erscheint in diesem Zusammenhang allerdings, dass die schrittweise programmatische Neujustierung entgegen der Erwartung bereits unmittelbar nach Verabschiedung des Grundsatzprogramms einsetzte, wohingegen sich für die Entwicklung seit 2013 allenfalls eine Verstärkung dieser Tendenz ausmachen lässt. Eine genuin neue normative Entwicklung aufgrund veränderter politischer und sozialer Rahmenbedingungen ist hingegen nicht erkennbar.

Überwog bei der Verabschiedung des Hamburger Grundsatzprogramms noch eine idealiter dem Dritten Weg zuordenbare Betonung eines wechselseitigen Verantwortungsverhältnisses zwischen Individuum und Gesellschaft, so tritt die Forderung nach einer stärkeren individuellen Übernahme von Eigenverantwortung bereits kurz darauf zugunsten eines durch die Gesellschaft einzulösenden Aufstiegsversprechens in den Hintergrund. Stellt man dieser Entwicklung im Zeitraum 2005 bis 2009 nun die normative Entwicklung im Untersuchungszeitraum 2013 bis 2017 gegenüber, so finden sich darin keine wesentlichen Neuerungen. Auch hier wird die Umdeutung von Eigenverantwortung als Form eines Aufstiegsversprechens beibehalten, wobei die hierzu notwendigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Fürsorgepflichten noch stärker betont werden als zuvor.

Ein hiermit korrespondierender Befund zeigt sich auch mit Blick auf das vertretene Gerechtigkeitsverständnis: Bei Verabschiedung des Grundsatzprogramms zeigte sich dabei eine auf Chancengleichheit abzielende Konzeption dominant, in der partiel-

le materielle Umverteilungsmaßnahmen lediglich als Mittel zur Zielerreichung in Betracht kamen. Bereits zur darauffolgenden Bundestagswahl rückt jedoch ein dem sozialistischen Idealtypus nahes Verständnis von Gerechtigkeit als einem gewissen Maß an ökonomischer Gleichheit neben den chancenzentrierten Gerechtigkeitsbegriff auf und wird durch die Forderung nach dementsprechenden Maßnahmen in der Steuerpolitik unterfüttert. Diese normative Programmatik setzt sich denn auch von 2013 bis 2017 ohne wesentliche Neuerungen fort. Analog zum Wahlprogramm 2009 zeichnete sich auch dasjenige aus dem Jahr 2017 durch eine unklare Definition der Bedeutung von Gerechtigkeit aus, was hier umso mehr verwundern mag, als diese doch im Zentrum der Wahlkampagne stand. Generell lässt sich auch hier eine Mittelposition zwischen Gerechtigkeit als Chancen- und Ergebnisgleichheit feststellen, wobei ergebnisegalisierende Maßnahmen in der Steuerpolitik etwas stärker betont werden als zu vor.

Für das Fallbeispiel der deutschen SPD lässt sich somit festhalten, dass gesellschaftliche und politische Polarisierungstendenzen bisher zu keiner grundlegenden Revision des normativen Konzepts eines sozialdemokratischen Dritten Weges führten. Vielmehr zeigt sich der Versuch, den generellen Rahmen des Dritten Weges beizubehalten, innerhalb dieses Rahmens jedoch eine programmatische „Linksverschiebung" zu vollziehen. Da es sich hierbei um einen Befund handelt, der sich auch mit den wenigen gegenwärtigen Analysen zur Programmatik weiterer sozialdemokratischer Parteien in Europa deckt (vgl. Arndt/van Kersbergen 2015), lässt sich vermuten, dass sich das Verharren auf den grundlegenden Pfaden des Dritten Weges nicht nur auf Einzelfälle beschränkt, sondern vielmehr als generelle Tendenz innerhalb der sozialdemokratischen Parteienfamilie anzusehen ist.

Über die Erfolgsträchtigkeit einer solchen Mitte-Positionierung in Zeiten sozialer und politischer Polarisierung lässt sich gleichwohl streiten: Angesichts anhaltender Wahlniederlagen gemäßigter Sozialdemokraten sowie der Popularität von sich dezidiert auf den Terminus des „Sozialismus" berufenden Politikern wie Jeremy Corbyn und Bernie Sanders, liegt auf den ersten Blick der Schluss nahe, dass nicht die Ausrichtung auf die Mitte, sondern eine Hinwendung zu radikaleren Positionen die gegenwärtig erfolgreichere Strategie für politische Akteure des linken Spektrums darstellen könnte. Gleichwohl dürfen hierbei die Einflüsse spezifischer Kontextfaktoren wie etwa die Effekte des Wahl- und Parteiensystems in den USA und Großbritannien sowie die Auswirkungen einer generellen „Auflösung sozio-kultureller Milieus" (Bukow/Jun 2017: 4) in modernen Gesellschaften auf die Wahlergebnisse sozialdemokratischer Parteien und Kandidaten nicht übersehen werden. Eine weitere Beschäftigung mit der Entwicklung sozialdemokratischer Programmatik sowie deren vermeintlicher Wirkung auf den Erfolg der sie vertretenden Parteien erscheint daher für die Zukunft weiterhin angebracht, berührt sie doch nicht zuletzt auch die demokratietheoretisch delikate Frage nach der Angemessenheit einer auf Mäßigung und Ausgleich abzielenden politischen Positionierung in polarisierten Zeiten.

Anmerkungen

1 Etwa die vergleichenden Studien von Hirscher/Sturm (Hrsg.) 2001, Merkel et al 2006 und Nachtwey 2009.
2 Mit Bezug auf die dänische Sozialdemokratie etwa Arndt/van Kersbergen 2015; zur deutschen SPD Sachs 2010.
3 Erschwerend kommt dabei noch hinzu, dass sich die theoretische Ausarbeitung der Programmatik des Dritten Weges im Einzelfall stark unterschied. War hierbei generell eine große inhaltliche sowie zum Teil auch personelle Nähe zwischen Tony Blairs „New Labour" in Großbritannien und der amerikanischen Konzeption von Bill Clintons „New Democrats" auszumachen (vgl. King/Wickham-Jones 1999), entwickelte das anglo-amerikanische Modell des Dritten Weges keine uneingeschränkte Strahlkraft auf die gesamte sozialdemokratische Parteienfamilie. Mit Blick auf die SPD darf hierbei auch die Veröffentlichung des sogenannten „Schröder-Blair-Papiers" (vgl. Schröder/Blair 1999) nicht über grundlegende Differenzen etwa mit Blick auf die geforderte Rolle des Staates hinwegtäuschen (vgl. Sturm 2000: 59-64).
4 Für eine ähnliche Konzeption vgl. auch Buckler/Dolowitz 1999.

Literatur

Arndt, Christoph 2013, The Electoral Consequences of Third Way Welfare State Reforms. Social Democracy's Transformation and its Political Costs, Amsterdam. https://doi.org/10.1515/9789048517213

Arndt, Christoph/van Kersbergen, Kees 2015, Social democracy after the Third Way: restoration or renewal?, in: Policy & Politics 43 (2), 203-220. https://doi.org/10.1332/030557315X14295223027356

Blair, Tony 1998, The Third Way. New Politics for the new Century, London.

Buckler, Steve/Dolowitz David P. 1999, New Labour's Social Liberalism, in: Funk, Lothar (Hrsg.), The Economics and the Politics of the Third Way. Essays in Honour of Eric Owen Smith, Münster, 181-189.

Bukow, Sebastian/Jun, Uwe, Parteien unter Wettbewerbsdruck, in: dies. (Hrsg.), Parteien unter Wettbewerbsdruck, Wiesbaden, 1-11. https://doi.org/10.1007/978-3-658-16600-7_1

Ferner, Elke 2007, Das Konzept des Vorsorgenden Sozialstaats. Eine Leitidee für das Hamburger Programm?, in: Albers, Detlev/Nahles, Andrea (Hrsg.), Linke Programmbausteine. Denkanstöße zum Hamburger Programm der SPD, Berlin, 87-93.

Giddens, Anthony 1999, Der Dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt am Main.

Giddens, Anthony 2001, Die Frage der sozialen Ungleichheit, Frankfurt am Main.

Hirscher, Gerhard/Sturm, Roland (Hrsg.) 2001, Die Strategie des „Dritten Weges". Legitimation und Praxis sozialdemokratischer Regierungspolitik, München.

Hombach, Bodo 1998, Aufbruch. Die Politik der neuen Mitte, München.

Kersting, Wolfgang 2000, Theorien der sozialen Gerechtigkeit, Stuttgart. https://doi.org/10.1007/978-3-476-01668-3

King, Desmond/Wickham-Jones, Mark 1999, From Clinton to Blair. The Democratic (Party) Origins of Welfare to Work, in: The Political Quarterly 70 (1), 62-74. https://doi.org/10.1111/1467-923X.00205

Merkel, Wolfgang/Egle, Christoph/Henkes, Christian/Ostheim, Tobias/Petring, Alexander, Die Reformfähigkeit der der Sozialdemokratie. Herausforderung und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa, Wiesbaden.

Meyer, Thomas 2008, Sozialismus, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91013-0

Nachtwey, Oliver 2009, Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91616-3

Sachs, Matthias 2010, Sozialdemokratie im Wandel. Programmatische Neustrukturierungen im europäischen Vergleich, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92785-5
Schröder, Gerhard/Blair, Tony 1999, Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. Ein Vorschlag, Bonn.
SPD-Bundestagsfraktion (Hrsg.) 2016, Ideen für Deutschlands Zukunft. Ergebnisse des „Projekts Zukunft – #Neue Gerechtigkeit" der SPD Bundestagsfraktion, Berlin.
SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2006, Soziale Gerechtigkeit für das 21. Jahrhundert. Leitsätze auf dem Weg zum neuen Grundsatzprogramm, Berlin.
SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2007, Hamburger Programm. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen aauf dem Bundesparteitag der SPD am 28. Oktober 2007, Berlin.
SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2008, Aufstieg und Gerechtigkeit. Impulse für Deutschlands Zukunft, Berlin.
SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2009, Sozial und Demokratisch. Das Regierungsprogramm der SPD. Beschlossen auf dem außerordentlichen Bundesparteitag am 14. Juni 2009 in Berlin, Berlin.
SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2015a, Starke Ideen für Deutschland 2025. Impulse für Sozialdemokratische Politik im kommenden Jahrzehnt, Berlin.
SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2015b, Beschlüsse des ordentlichen Bundesparteitags der SPD vom 10. bis 12. Dezember 2015 in Berlin, Berlin.
SPD-Parteivorstand (Hrsg.) 2017, Zeit für mehr Gerechtigkeit. Unser Regierungsprogramm für Deutschland, Berlin.
SPD-Parteivorstand/SPD Bundestagsfraktion (Hrsg.) 2008, Intern. Informationsdienst für aktive Parteimitglieder (05/2008), Berlin.
Steltemeier, Rolf 2015, Liberalismus. Ideengeschichtliches Erbe und politische Realität einer Denkrichtung, Baden-Baden.
Stieglitz, Joseph E. 2012, Der Preis der Ungleichheit. Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht, München.
Streeck, Wolfgang 2015, Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin.
Sturm, Roland 2000, Der „dritte Weg". Demokratie im Zeitalter der Globalisierung, in: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard, Jahrbuch Extremismus und Demokratie. Band 12, Baden-Baden, 53-72.
Sturm, Roland 2013, Dritte (Königs-)Wege? Die Radikalität der Differenz, in: Hirscher, Gerhard/Jesse, Eckhard (Hrsg.), Extremismus in Deutschland. Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven, Baden-Baden, 565-578. https://doi.org/10.5771/9783845244129-565